

Christian Frommelt, Märten Geiger (Hrsg.)

«Und nach dem  
Nachdenken kommt  
das Handeln»

Festschrift zum 75. Geburtstag  
von Guido Meier

Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft

*Die vorliegende Publikation wurde durch grosszügige finanzielle Beiträge folgender Personen und Institutionen unterstützt:  
Allgemeines Treuunternehmen (ATU), Martin Batliner, Peter Goop,  
Hilmar Hoch, Stiftung Fürstlicher Kommerzienrat Guido Feger,  
TASKAPAN Rechtsanwälte AG, TASKAPAN Notariatskanzlei,  
VP Bank Stiftung, Ernst Walch*

*Verlag und Herausgeber bedanken sich für diese Unterstützung.*

© 2023 Verlag der Liechtensteinischen  
Akademischen Gesellschaft  
Verlagsleitung: Dr. Emanuel Schädler  
St. Luziweg 2, 9487 Gamprin-Bendern,  
Liechtenstein

ISBN 978-3-7211-1101-9

Aufnahme Seite 2:  
Tatjana Schnalzger, Feldkirch

Satz und Gestaltung:  
Atelier Silvia Ruppen, Vaduz  
Druck: Gutenberg AG, Schaan  
Bindung: Buchbinderei Thöny AG, Vaduz

# Inhaltsverzeichnis

TEIL I	
ZUR GESCHICHTE	13
Neue Quellen zur liechtensteinischen Geschichte aus zwei Nachlässen <i>Rupert Quaderer</i>	15
Peter Kaisers «Geschichte des Fürstentums Liechtenstein» aus rechtshistorischer Sicht: Analyse und Würdigung <i>Emanuel Schädler</i>	47
Soziale Schichtung und soziale Lage im Liechtenstein der Nachkriegszeit: Annäherung an ein Forschungsdesiderat <i>Fabian Frommelt</i>	81
Grönland – unbeschreiblich schön <i>Marco Nescher</i>	121
TEIL II	
UMWELT- UND RAUMPOLITIK	137
Gemeinnützige Stiftungen sollten über professionelle Strukturen verfügen und mit anderen kooperieren – ein Erfahrungsbericht <i>Andi Götz</i>	139
Umweltbewegungen in Liechtenstein <i>Wilfried Marxer</i>	153

The Role of Aage V. Jensen Charity Foundation in the protection and preservation of nature in Denmark and Greenland <i>Katherine Richardson and Klaus Nygaard</i>	195
Raubbilder in der Vaduzer Talebene – heute und morgen <i>Mario F. Broggi</i>	223
TEIL III	
POLITIK, RECHT UND WIRTSCHAFT	251
Krise und Reform der repräsentativen Demokratie <i>Eike-Christian Hornig</i>	253
Rechtsrezeption, ungleiche Staatsverträge und Eigen- staatlichkeit im regionalen und globalen Kontext <i>Lukas Ospelt</i>	283
Wirtschaftswachstum im Spannungsfeld von Zufriedenheit, Verteilung und Nachhaltigkeit <i>Andreas Brunhart und Martin Geiger</i>	323
Verwaltungsorganisation und Staatspersonal <i>Cyrus Beck</i>	363
Der Staatsgerichtshof damals und heute <i>Hilmar Hoch</i>	391
Liechtenstein in der europäischen Integration <i>Georges Baur und Sieglinde Gstöhl</i>	411
Wie die geringe Grösse Liechtensteins dessen Politik beeinflusst <i>Christian Frommelt</i>	439
Grönland – vielseitige Eislandschaften <i>Marco Nescher</i>	477

TEIL IV	
FINANZDIENSTLEISTUNGEN	493
Gemeinnützige Stiftung in Liechtenstein – ergänzende Fragestellungen	
<i>Johanna Niegel, Hansjörg Wehrle und Märten Geiger</i>	495
Die Treuhänderschaft (Trust) in der liechtensteinischen Rechtsordnung	
<i>Bünyamin Taskapan und Michael Werner Lins</i>	527
Überlegungen zu den aktuellen Entwicklungen im liechtensteinischen Stiftungsrecht	
<i>Alexandra Butterstein</i>	575
Guido Meier – Biografische Notizen	597

# Krise und Reform der repräsentativen Demokratie

## Interaktionseffekte in der Legitimitätsproduktion

*Eike-Christian Hornig\**

---

\* Dr. Eike-Christian Hornig ist Forschungsbeauftragter Politik am Liechtenstein-Institut. Der Autor dankt Christian Frommelt und Philippe Rochat für ihre Hinweise zum Manuskript.



## I. Einleitung

Seit Langem ist von einer Krise der repräsentativen Demokratie die Rede. Kaum eine Thematik prägt die Politikwissenschaft in jüngster Zeit mehr als die Frage, wie es um die Demokratie steht. In globaler Perspektive zeichnen die jährlichen Demokratie-Berichte vom schwedischen V-Dem-Institut schon länger ein düsteres Bild der Entwicklung der Demokratie. Im aktuellen 2022-Bericht ist davon die Rede, dass das Niveau der Demokratie weltweit wieder den Stand von 1989 erreicht hat und damit die demokratischen Fortschritte der vergangenen 30 Jahre verloren seien.<sup>1</sup>

Insbesondere das Aushöhlen demokratischer Systeme von innen heraus wird seit Jahren in der Forschung thematisiert und mit dem Konzept des «Democratic Backsliding» beschrieben. In ihrem Buch «How Democracies Die» haben Levitsky und Ziblatt<sup>2</sup> am Beispiel der USA diese Aushöhlung für eine konsolidierte Demokratie sichtbar gemacht.

Auch der Begriff der Postdemokratie, wie u.a. Crouch<sup>3</sup> sie beschrieben hat, wird in einer unzählbaren Anzahl von Schriften als Etikett für eine Krise der konsolidierten repräsentativen Demokratie genutzt. Die Postdemokratie beschreibt eine Aushöhlung der demokratischen Institutionen und Verfahren, die zwar noch existieren, aber nicht mehr im eigentlichen Sinne funktionieren. Demnach drängen Privatisierungen und Marktlogik zunehmend in den öffentlichen Sektor. Andererseits wird der Postdemokratiethese zufolge die Bürgerschaft immer passiver und die politischen Eliten in den Parteien wenden sich zwangsläufig den Ressourcen der Unternehmen zu. Blühdorn<sup>4</sup> spricht gar von einer postdemokratischen Wende, wonach die Demokratie in einer tiefen Krise steckt. Die Wahrnehmung einer Krise der Demokratie wird in Presse und Publizistik noch durch Herausforderungen wie die Finanzkrise, die Euro-Krise, die Flüchtlingsbewegungen oder zuletzt die Corona-Pandemie<sup>5</sup> verstärkt. Auch die (rechts-)populistischen Bewegungen in Europa gehören zu diesem Krisenbild.<sup>6</sup>

---

1 Boese 2022, S. 12.

2 Levitsky/Ziblatt 2018.

3 Crouch 2004.

4 Blühdorn 2013, S. 11.

5 Vgl. Florack/Korte/Schwanholz 2021; Erhard/Freitag/Filsinger 2022.

6 Kriesi 2020.

Festzuhalten ist aber, dass es in der Literatur weder Einigkeit hinsichtlich der Krisensymptome und ihrer Bedeutung noch eine Hierarchie der Symptome gibt. Trotz so mancher Zweifel und Differenzierungen steht im Endeffekt in der öffentlichen Wahrnehmung ein Legitimitätsdefizit der repräsentativen Demokratie im Raum. In der Folge reagiert die repräsentative Politik mit der Öffnung politischer Prozesse für mehr direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger. Seit Jahrzehnten ist eine zunehmende Bedeutung von direkten und deliberativen Formen der politischen Partizipation zu erkennen. Das Beteiligungsparadigma fungiert also als faktische Antwort auf das Krisenparadigma. Das Ziel ist, (wieder) zu höheren Niveaus demokratischer Legitimität zu kommen.

Der vorliegende Beitrag widmet sich kritisch dieser Sequenz aus Krise und Reform, aus Abwendung und Öffnung. Ausgeleuchtet wird, welche Effekte das Koppeln beider Paradigmen auf die Produktion demokratischer Legitimation und Legitimität haben kann. Problematisch ist demnach, wenn der Grundkonflikt aus dem Krisenparadigma im Beteiligungsparadigma weiterwirkt: Je stärker sich die repräsentative Politik in partizipativen Instrumenten engagiert, desto grösser ist ihr Bedarf an spezifischer Legitimation und damit auch ihre Abhängigkeit. Je deutlicher und enger Kooperation zwischen beiden Seiten erforderlich ist, desto eher kann es aber zu einer beeinträchtigten Legitimationsproduktion kommen. Die repräsentativen Akteure müssen für sich zusätzliche Legitimität produzieren, während sich das Stimmvolk von ihnen eher abwendet.

Die Ausführungen sind in drei Teile organisiert. Nacheinander werden anhand von ein paar zentralen Punkten das Legitimitätsdefizit der repräsentativen Demokratie und das Beteiligungsparadigma als vermeintliche Antwort diskutiert. Angesichts der Breite, Komplexität und auch Widersprüchlichkeit beider Entwicklungen können die Ausführungen nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern nur Schlaglichter auf die Diskussion werfen. Im vierten Abschnitt werden schliesslich Interaktionen zwischen Krise und Reform herausgearbeitet. Demnach ergeben sich eine leere, eine beeinträchtigte und eine blockierte Variante der Legitimationsproduktion. Die Ausführungen sind weitgehend hypothetischer Natur und geben den Rahmen für mögliche folgende empirische Untersuchungen vor. Das Fazit verallgemeinert schliesslich die Erkenntnisse und führt sie zurück auf die Diskussion über die Reform der Demokratie.

## II. Steht sie noch, oder wankt sie schon? Die Demokratie in den Augen der Bürgerinnen und Bürger

### A. Zum Konzept der demokratischen Legitimität

Eine zentrale Rolle in der Diskussion um den Zustand der repräsentativen Demokratie nimmt die Frage ein, wie es um ihre Legitimität steht, bzw. ob eine Legitimitätskrise vorliegt.<sup>7</sup> Dabei ist es nicht ganz einfach, Legitimität zu definieren und zu messen. Im deutschen Sprachgebrauch ist häufig in der Folge von Habermas von der «Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung» die Rede.<sup>8</sup> Legitimation ist dagegen weniger komplex und bezieht sich auf konkretere Prozesse «mit deren Hilfe Legitimität erlangt oder mit denen sie erzeugt wird».<sup>9</sup>

Empirisch wird die Legitimität eines politischen Systems in der Regel anhand der sogenannten «politischen Unterstützung» gegenüber verschiedenen Objekten erfasst, die sich nach Ebenen sortieren lassen. Unterschied Easton<sup>10</sup> noch zwischen der politischen Gemeinschaft, den politischen Institutionen und den Amtsträgern als nur drei Objekten der politischen Unterstützung, sind es in neueren Ansätzen<sup>11</sup> fünf: (1) «Political Community», (2) «Regime Principles», (3) «Regime Performance», (4) «Regime Institutions» und (5) «Political Actors». Die «Regime Performance» bezieht sich auf die Frage, inwiefern die Bürgerinnen und Bürger mit dem Funktionieren der repräsentativen Demokratie zufrieden sind. Seit Easton wird auch zwischen einer diffusen und einer spezifischen Unterstützung unterschieden, wonach sich auch die fünf ausdifferenzierten Ebenen sortieren lassen. Demnach korrespondiert die spezifischere Unterstützung mit den politischen Akteuren und die generelle Unterstützung mit der Politischen Gemeinschaft.<sup>12</sup>

---

7 Van Ham et al. 2017; Kriesi 2013b, 2020; Kneip/Merkel/Wefßels 2020.

8 Vgl. hierzu Harfst/Wiesner 2019; Kneip/Merkel 2020.

9 Harfst/Wiesner 2019, S. 3.

10 Easton 1965.

11 Norris 1999, 2011; Thomassen/Van Ham 2017.

12 Vgl. Norris 2011, S. 24.

## B. Das Glas der Demokratie ist halb leer

Die vergleichende Einstellungsforschung zeigt, dass die Einstellungen zu den abstrakteren Ebenen der Demokratie als Regierungssystem, also der «Political Community» und den «Regime Principles», stabil positiv sind. Es liegen keine Hinweise für eine langfristige Abkehr von demokratischen Prinzipien vor.<sup>13</sup> Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist es wichtig, in einem demokratischen Staat zu leben. Van Ham und Thomassen zeigen, dass die Aussagen «Es ist gut, ein demokratisches Regierungssystem zu haben» und «Demokratie hat ihre Probleme, ist aber immer noch besser als andere Systeme» in 15 EU-Ländern und den USA Zustimmungswerte von um die 90 % erhalten.<sup>14</sup> In seinen älteren vergleichenden Studien kam Dalton zuvor auf ganz ähnliche Werte.<sup>15</sup>

Im Hinblick auf die politische Unterstützung der weiteren Ebenen «Regime Performance», «Regime Institutions» und «Political Actors», also dem konkreten Funktionieren der Demokratie, ihren Institutionen und Akteuren, gibt es widersprüchliche Ergebnisse. Norris spricht in ihren Studien<sup>16</sup> von «Critical Citizens» als desillusionierten Demokraten, deren Unterstützung für demokratische Politik sich differenziert hat. Während für die «Political Community» und die «Regime Principles» hohe Unterstützungswerte festgestellt werden, vollzieht sich bei den «Critical Citizen» eine Distanzierung von den konkreten Institutionen und Akteuren repräsentativer Politik.<sup>17</sup> Auch Dalton kommt im internationalen Vergleich zu ganz ähnlichen Erkenntnissen<sup>18</sup> und spricht von unzufriedenen Demokraten («dissatisfied democrats»).<sup>19</sup> Auf der Grundlage von Daten über politische Einstellungen aus 18 OECD-Staaten seit den 1960er-Jahren erkennt Dalton ein «general pattern of decreasing public confidence in politicians, political parties and political institutions».<sup>20</sup> Im Ergebnis zeigt sich eine Kluft zwischen der sehr breiten Unterstützung für die abstrakteren Ebenen der Idee der Demokratie so-

---

13 Norris 1999, S. 21.

14 Van Ham/Thomassen 2017, S. 24.

15 Dalton 2004.

16 Norris 1999; 2011.

17 Norris 1999, S. 10.

18 Dalton 2004, 2013.

19 Dalton 2004, S. 45; 2011, S. 269.

20 Dalton 2004, S. 16.

wie der Demokratie als Regierungsform einerseits und der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der politischen Institutionen und Akteure, konkret den politischen Parteien, auf der anderen Seite.<sup>21</sup> Neuere Studien der vergleichenden Einstellungsforschung sehen ebenfalls diese Kluft in den Einstellungen zur Demokratie.<sup>22</sup>

Dazu passt, dass in der Parteienforschung seit Jahrzehnten über eine Krise der politischen Parteien in Westeuropa diskutiert wird, die wesentlich mit der Abwendung der Menschen von den Parteien zusammenhängt.<sup>23</sup> Sinkende Mitgliederzahlen und Parteiidentifikationen bei steigender Volatilität bei Wahlen sind Anzeichen einer wachsenden Distanz zwischen Parteien und Bürgerinnen und Bürgern.<sup>24</sup> Auch die immer wiederkehrenden Wahlerfolge von (rechts-)populistischen Parteien mit ihrer «Establishment»-Kritik gehören zu diesem Bild.<sup>25</sup>

### C. Das Glas der Demokratie ist halb voll

Allerdings gibt es auch Zweifel, dass es sich angesichts der Fluktuationen und Länderunterschiede um einen eindeutigen linearen Trend hinsichtlich der Un-/Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie handelt.<sup>26</sup> Van Ham und Thomassen<sup>27</sup> sehen die Legitimitätskrise gar als einen Mythos, der durch die Empirie nicht belegbar ist. Nach ihren Ergebnissen ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hoch, stabil oder sogar noch zunehmend. Allerdings sehen auch sie, dass die Einstellungen zu den politischen Institutionen und Akteuren, insbesondere den Parlamenten und den politischen Parteien, zumindest kritischer sind.<sup>28</sup>

Auch andere Autoren warnen vor Alarmismus und betonen mehr den Wandel als die Krise der Demokratie. Kriesi etwa spricht von «Herausforderungen an die Anpassungskraft der Demokratie, die sich aus

---

21 Dalton 2004, S. 47.

22 Foa et al. 2020; Bertelsmann 2021.

23 Mair 2013.

24 Whiteley 2011.

25 Kriesi 2020.

26 Martini/Quaranta 2020.

27 Van Ham/Thomassen 2017.

28 Van Ham/Thomassen 2017.

wandelnden Kontextbedingungen wie der Globalisierung oder der Medialisierung von Politik ergeben».<sup>29</sup> Auch Przeworski mahnt zur Zurückhaltung, wenn es um Diagnosen der globalen Entwicklung der Demokratie geht.<sup>30</sup> Zudem lässt sich der vermeintliche Funktionsverlust der Parteien («Dealignment») empirisch nur schwer aufspüren, da sich politische Parteien funktional immer wieder anpassen<sup>31</sup> und Veränderungen in der Beziehung zwischen Gesellschaft und Parteien keinen Einfluss auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie haben.<sup>32</sup>

Als ein Beleg für die grossen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern mag Liechtenstein gelten, da im Fürstentum die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie sehr gross ist, im Vergleich von 30 europäischen Ländern sogar am grössten. Hinzu kommt, dass diese Zufriedenheit auf einem sehr hohen Niveau auch sehr konstant ist.<sup>33</sup> Allerdings zeigen die Lie-Barometer-Daten auch, dass beim Vertrauen in sieben ausgewählte Institutionen die politischen Parteien am schlechtesten abschneiden, der Landtag immerhin am dritt schlechtesten. Am besten schneidet das Fürstenhaus ab.<sup>34</sup> Das ist wiederum anschlussfähig an die auch in anderen Ländern verbreitete Wertschätzung unparteilicher Institutionen.

#### D. Verhandlung und Kompromiss als Problem

Dass es also vorsichtig gesprochen zwischen Regierenden und Regierten in vielen Ländern zumindest knirscht, kann viele Ursachen haben. Nach Norris<sup>35</sup> liegen die Gründe ganz allgemein in der Diskrepanz zwischen Angebots- und Nachfrageseite von Politik. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen etwas, das die Politik immer weniger gut liefern kann. Nach Thomassen und Van Ham<sup>36</sup> lassen sich kaum kausale Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Modernisierung, Globalisierung, dem Schwin-

---

29 Kriesi 2013b.

30 Przeworski 2019, S. 101.

31 Dalton/Farrell/McAllister 2011.

32 Andeweg/Farrell 2017.

33 Milic i. Vorb.

34 Frommelt 2020, S. 6.

35 Norris 2011.

36 Thomassen/Van Ham 2017.

den des gesellschaftlichen Sozialkapitals und der Rolle der Medien und der Entwicklung der politischen Unterstützung herstellen. Mit Hinblick auf die Frage nach der Reform der repräsentativen Demokratie durch mehr Möglichkeiten der direkten Beteiligung erscheint an dieser Stelle aber eine übergreifende Entwicklung als wichtig: Die wachsende Ablehnung von Kompromiss und Verhandlung als Wesensmerkmalen der repräsentativen Demokratie.

Ausgangspunkt ist verkürzt gesagt eine verbreitete Sichtweise in zeitgenössischen Demokratien, dass die Politik zu viel auf (organisierte) Spezialinteressen Rücksicht nimmt und dabei das Gemeinwohl aus dem Auge verliert. Politik als Konflikt von einzelnen Interessen wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als negativ bewertet, während überparteiliche Gesinnung und Funktion deutlich mehr Anerkennung finden. Dies wird an den Zustimmungswerten zu den demokratischen Institutionen deutlich. Solche, die in die tagespolitische Auseinandersetzung involviert sind, erfahren weniger Unterstützung und Wertschätzung als solche, die als überparteilich wahrgenommen werden.<sup>37</sup> Dalton sieht eine Ironie darin, dass ausgerechnet diejenigen politischen Institutionen, die nicht von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, ein höheres Vertrauen genießen als diejenigen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind.<sup>38</sup> Auch Merkel und Krause erkennen dieses Paradox in der Entwicklung der Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu den verschiedenen Institutionen des repräsentativen Systems als eine Abkehr von der repräsentativen Politik. Sie schreiben dazu:

*«Es deutet sich im Bewußtsein der Bürger eine Präferenzverschiebung an: Expertise, unpolitische Verwaltung und schnelle Beschlusshierarchien werden höher eingeschätzt als Mitsprache, pluralistischer Wettbewerb, parlamentarische Deliberation oder die begrenzte Problemlösungsfähigkeit von Regierungen. Trifft diese Vermutung zu, [...], dann ist eine schleichende Entdemokratisierung des Wertesystems der Bürger zu konstatieren. Partizipation und Repräsentation werden abgedrängt und gering geschätzt. Präferiert werden politisch neutrale, hierarchisch organisierte Institutionen, bei denen man Expertise und Effizienz anstelle von <Parteiengezänk> vermutet».*<sup>39</sup>

37 Vgl. Gabriel/Neller 2010, S. 106.

38 Dalton 2013, S. 265.

39 Merkel/Krause 2014, S. 58 f.

Wenn schon die Existenz von Gruppeninteressen wenig Anerkennung findet, dann gilt dies noch viel mehr für die dazugehörigen Mechanismen demokratischer Politik. Aus der Einstellungsforschung wissen wir, dass es eine weit verbreitete Ablehnung gegenüber Kompromissen als demokratischem Verfahren gibt, insbesondere im Kontext des Populismus. Die Ansichten «What people call «compromise» in politics is really just selling out on one's principles» und «Interest groups have too much influence over political decisions» sind Erkennungsmerkmale populistischer Einstellungen.<sup>40</sup> Im Populismus werden die etablierten politischen Akteure als korrupt angesehen und daher Kooperationen mit ihnen verweigert. Dies gilt als Einknicken oder Nachgeben.<sup>41</sup> Nach Hibbing und Theiss-Morse speist sich in den Einstellungen vieler Amerikaner die starke Distanzierung gegenüber «der Politik» aus der Wahrnehmung einer starken Einflussnahme durch «special interests» in den Parteien und der Regierung.<sup>42</sup> Deswegen ist auch der politische Konflikt als Ausdruck von Spezialinteressen sehr unbeliebt.

*«As expected, people who are made uncomfortable by political disagreement or who feel it is unnecessary are more likely to believe that we can do away with debate, compromise, and accountable procedures».*<sup>43</sup>

Im Kern geht es also um anti-pluralistische Haltungen, die so alt sind wie die (repräsentative) Demokratie selbst. Jean-Jacques Rousseau begründete die ideengeschichtliche Vorstellung von der Unvereinbarkeit von Gemeinwohl und Partikularinteressen mit dem Postulat der homogenen Gesellschaft.<sup>44</sup> Mehr als 250 Jahre später ist dieser Gegensatz zwischen Gemeinwohl und Partikularinteressen nach wie vor politisch relevant, auch wenn sich inzwischen die repräsentative Demokratie als Regierungsform durchgesetzt hat. Der Pluralismusforscher Ernst Fraenkel kam 1966 zu dem Schluss, dass die Verbindung von Gemeinwohl und homogener Gesellschaft immer noch «in unserem unreflektierten

---

40 Akkerman/Mudde/Zaslove 2014, S. 1331.

41 Pauwels 2014, S. 20.

42 Hibbing/Theiss-Morse 2002, S. 38.

43 Hibbing/Theiss-Morse 2002, S. 149.

44 Rousseau 2003 [1762], S. 114.

politischen Unterbewußtsein spukt».<sup>45</sup> Dies gilt wohl heute nicht minder und sollte nicht vergessen werden, wenn über Krise und Reform der repräsentativen Demokratie nachgedacht wird.

### III. «Heilung» durch mehr Beteiligung?

#### A. Von der Krise zur Reform der Demokratie

Mit den Anzeichen für eine substantielle Abkehr von vielen Bürgerinnen und Bürgern von der repräsentativen Politik und ihren Akteuren steht ein Legitimitätsbedarf der repräsentativen Politik im Raum, der die weitere Entwicklung der repräsentativen Demokratie wesentlich vorgibt.<sup>46</sup> Schmitter kritisiert die Rhetorik einer Demokratiekrise und betont, dass es sich eher um einen Wandel der Demokratie als um ihren Niedergang handelt.<sup>47</sup> Dalton schreibt, Demokratien müssen sich anpassen, um zu überleben, und die Vorteile einer intensiveren Bürgerbeteiligung nutzen. Die Zeit wäre da für eine neue Form der Beteiligung, was Dalton unter der Überschrift «Citizen Politics» zusammenfasst.<sup>48</sup> Er sieht die Kluft in den Demokratieeinstellungen gar als Teil eines Modernisierungsprozesses der Demokratie. Die unzufriedenen Demokraten tragen demnach mit ihrer Kritik am Funktionieren der Demokratie ein Stück weit zur Verwirklichung des demokratischen Ideals bei.

*«Just as earlier periods of dissatisfaction led to the expansion of the mass franchise, the granting of voting rights to women, and populist reforms that strengthened the democratic process, we may be in a new period of democratic reform».*<sup>49</sup>

Und tatsächlich finden seit einigen Jahren intensive Anstrengungen bei Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt, um adäquate Antworten auf den Bedarf nach neuer demokratischer Legitimität der repräsen-

---

45 Fraenkel 1991, S. 264.  
46 Vgl. Geißel et al. 2015.  
47 Schmitter 2015.  
48 Dalton 2013, S. 81.  
49 Dalton 2013, S. 271.

tativen Systeme zu finden. Über die Richtung solcher Reformen besteht weitgehende Einigkeit, weniger über das Ausmass und die Instrumente.

## B. Die partizipative und deliberative Demokratietheorie

Verstärkung bekommt die Reformposition aus der Demokratietheorie. Konkret weisen viele Überlegungen aus den Bereichen von «Participatory Engineering» und «Participatory Governance» auf eine Ausweitung und Vertiefung von Instrumenten der direkten und deliberativen Demokratie als Antwort auf die empirischen Krisensymptome hin.<sup>50</sup> Diese Vorstellungen zur Reform der repräsentativen Demokratie speisen sich aus den weiten Feldern der partizipativen<sup>51</sup> und der deliberativen Demokratietheorie.<sup>52</sup>

*«[G]emeinsam ist beiden Theorien die vorrangige Fokussierung auf den Input des politischen Prozesses – unter besonderer Berücksichtigung quantitativer oder qualitativer Merkmale der politischen Willensbildung. Gemeinsam ist den ‹Partizipationisten› und den ‹Deliberationisten› ferner die Hoffnung, zu neuen Ufern zu gelangen, und zwar durch mehr Beteiligung in Wort und Tat, durch gesteigerte Qualität des öffentlichen Abwägens, durch verbesserte informationelle, intellektuelle und moralische Kapazität der Bürger sowie durch gerechtere und autonomieschonende Problemlösung (Papadopoulos/Warin 2007a: 450ff.)»<sup>53</sup>*

Besonders die deliberative Demokratietheorie ist Schmidt zufolge «in den letzten zwei bis drei Dekaden zum ‹Lieblingskind› der normativ-analytischen Reflexion über die Volksherrschaft geworden».<sup>54</sup> So ist von einem «deliberative turn» in der Demokratietheorie die Rede, der zu einer «organization of new participatory processes based on classic prin-

---

50 Zittel/Fuchs 2007; Heinel 2008; Smith 2009; DeBardeleben/Pammett 2011; Geißel et al. 2015, S. 15–20.

51 Vgl. Barber 1984.

52 Habermas 1992.

53 Schmidt 2010, S. 237 f.

54 Schmidt 2010, S. 237.

ciples of deliberation theory»<sup>55</sup> führt. Als ihre Hauptvertreter gelten unter anderem Habermas<sup>56</sup> und Fishkin<sup>57</sup>. Die deliberative Variante der Beteiligungstheorien betont weitreichende Verfahren der Konsultation (dialogorientiert) und will auch das Wissen und die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger in den betreffenden Feldern mit in den Beratungs- und Entscheidungsprozess einbeziehen. Nanz und Fritsche schreiben, dass gerade die Kombination aus divergierenden Perspektiven in solchen Prozessen die Grundlage von politischen Entscheidungen verbessert und zugleich deren Akzeptanz in der Bürgerschaft erhöhen sollen.<sup>58</sup> Es ist das Wesen deliberativer Verfahren, dass die Verhandlungen über den Austausch von Argumenten zu einem Kompromiss gelangen. Bedingungen sind der ungehinderte Zugang für alle, der Verzicht auf Machtstreben, die Souveränität über die Tagesordnung, die Bereitschaft zur Präferenztransformation und eine Wahrhaftigkeit und Verständlichkeit.<sup>59</sup> Geißel et al. schreiben, dass die Betroffenen von Politik eher bereit sind, getroffene Entscheidungen zu akzeptieren, wenn sie vorher miteinbezogen wurden.<sup>60</sup>

Neben deliberativen Verfahren zielen Öffnungsprozesse der repräsentativen Politik auf die direkte Demokratie ab. Spätestens seit Jean-Jacques Rousseau gelten direktdemokratische Instrumente als die Reform der Volkssouveränität, wenn auch eben nicht der Demokratie insgesamt. Befürworter der Ausweitung der direkten Demokratie in repräsentativen Systemen weisen auf unterschiedliche Vorteile hin.<sup>61</sup> Direkte Demokratie soll den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der inhaltlichen Mitsprache auch jenseits des regulären Wahlzyklus ermöglichen, Vertrauen in die Prozesse des repräsentativen Systems generieren, die Responsivität der repräsentativen Politik erhöhen und auch zu einem breiten inhaltlichen Diskurs über Themen und damit zu einer verbreiteten politischen Bildung führen.

---

55 Ganuza / Francés 2012.

56 Habermas 1992.

57 Fishkin 1997; 2003.

58 Nanz / Fritsche 2012, S. 11.

59 Schmidt 2010, S. 241.

60 Geißel et al. 2015, S. 17.

61 Heußner 2011; Matsusaka 2020.

### C. Nicht jeder will oder kann partizipieren

Die Öffnung des politischen Systems in Form der verstärkten Einführung und Nutzung verschiedener zusätzlicher Beteiligungsinstrumente findet in den konsolidierten Demokratien des Westens sowie in einigen asiatischen Ländern wie Taiwan schon länger statt. Gabriel verweist auf die sogenannte zweite Transformation der Demokratie und den damit verbundenen Bedeutungszuwachs von Formen der direkten und der deliberativen Demokratie.<sup>62</sup> Die OECD spricht von einer «Deliberative Wave», die sich insbesondere seit 2010 aufgebaut hätte.<sup>63</sup> Auch die Bedeutung der direkten Demokratie nimmt immer mehr zu.<sup>64</sup> In Anlehnung an Lijphart spricht Vatter im Hinblick auf die direkte Demokratie von der dritten Dimension der Demokratie.<sup>65</sup> Die Online-Datenbank «Navigator to Direct Democracy» zählt über 2000 verschiedene Instrumente der direkten Demokratie in über 100 Ländern auf der nationalen, kommunalen und lokalen Ebene.

Dieses Angebot zur mehr Partizipation stösst in der Praxis aber auf ein sehr geteiltes Echo. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die Politik am liebsten direkt und ohne Parteien machen wollen. Auf der mikrobasierten Nachfrageseite von Politik vollzieht sich ein Wandel hin zu vermehrten Ansprüchen an die Demokratie, die sich aus wachsenden kognitiven Fähigkeiten der Menschen im Bereich politischer Beteiligung sowie Selbstverwirklichungsansprüchen entstehen. Hier ist insbesondere von emanzipativen Werten die Rede.<sup>66</sup> Vetter<sup>67</sup> spricht von neuen Beteiligungsbedürfnissen, die in der Folge der Zunahme individueller Kompetenzen entstanden sind und mit der Bildungsexpansion zusammenhängen. Mit anderen Worten, immer mehr Bürgerinnen und Bürger in den konsolidierten Demokratien möchten stärker direkt politisch Einfluss nehmen. Diese wachsenden Partizipationsansprüche stehen im Einklang mit älteren, etablierten Erkenntnissen aus der vergleichenden Einstellungsforschung, etwa der Postmaterialismusthese

---

62 Gabriel 2013, S. 592.

63 OECD 2020.

64 Altman/Sánchez 2020.

65 Vatter 2009.

66 Norris 2011, S. 6 f.

67 Vetter 2008, S. 9.

von Inglehart.<sup>68</sup> Die Anforderungen dieser Gruppe korrespondieren mit den Prämissen der Demokratietheorie.

Ganz am anderen Ende des Spektrums stehen diejenigen, die mit Politik am liebsten nichts zu tun haben wollen. Hibbing und Theiss-Morse<sup>69</sup> argumentieren in ihrer bahnbrechenden Studie «Stealth Democracy», dass ein Grossteil der Bürgerinnen und Bürger (in den USA) gar nicht an der Politik partizipieren will. Bei ihrem Werk handelt es sich um eine der schärfsten und prononciertesten Gegenpositionen zum dominierenden Reform-Paradigma in der Partizipations-Literatur. Die Autoren bezeichnen die weit verbreiteten Vorstellungen über die partizipative Demokratie, ihre Bedingungen und Vorzüge als «wishful thinking».<sup>70</sup> Die politische Partizipation ist demnach niedrig, nicht weil die Partizipationsformen nicht vollständig optimiert sind, sondern weil die Menschen nicht in die Politik involviert werden wollen und zwar auch nicht unter den vermeintlich besten Umständen eines perfekt konstruierten Partizipationsinstrumentes.<sup>71</sup> Webb<sup>72</sup> präzisiert anhand von Grossbritannien, dass die «stealth democratic minority» eher für politische Enthaltung oder direktdemokratische Arrangements empfänglich ist, aber durch deliberative Arrangements noch weiter marginalisiert werde.<sup>73</sup>

Die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist dabei bedingt durch eine Reihe von Faktoren, die schon lange im Fokus der Wahl- und Beteiligungsforschung stehen.<sup>74</sup> Insbesondere die soziale Dimension ist hier zu erwähnen, aber auch der Bildungs- oder Geschlechtsaspekt.<sup>75</sup> Gerade im Hinblick auf die soziale Dimension sprechen Merkel und Krause von einem «sozioökonomisch induzierten Selbstausschluss der unteren Schichten aus der Partizipation».<sup>76</sup> Das gilt eben auch für zusätzliche Instrumente der Partizipation.<sup>77</sup>

---

68 Inglehart 1977.

69 Hibbing/Theiss-Morse 2002.

70 Hibbing/Theiss-Morse 2002, S. 8.

71 Hibbing/Theiss-Morse 2002, S. 3.

72 Webb 2013.

73 Webb 2013, S. 768.

74 Milic/Rousselot/Vatter 2014.

75 Nie et al. 1969a, 1969b; Verba/Nie 1972, S. 125–137; Brady/Verba/Schlozman 1995; Dalton 2013, S. 64; Hadjar/Becker 2007; Schäfer 2010; Weßels 2015.

76 Merkel/Krause 2014, S. 51.

77 Dacombe/Parvin 2021.

#### IV. Möglichkeiten der Legitimitäts- und Legitimationsproduktion der repräsentativen Politik

In der Demokratie geht es immer um die Legitimierung und die Legitimität der staatlichen Herrschaft und Institutionen. Von daher liegt ein grundsätzlicher Wert in zusätzlichen Quellen und Prozessen der demokratischen Autorisierung und Kontrolle. Die Abhängigkeit der repräsentativen Politik von demokratischer Absolution besteht dauerhaft und ist ein positiver Umstand. Wie oberhalb dargestellt, kann die Diskussion um die Krise der repräsentativen Demokratie positiv gesprochen auch als Anstoss genommen werden, um über ihre Weiterentwicklung nachzudenken. Das geschieht ja auch schon in Theorie und Praxis. Man kann sich allerdings fragen, ob Problem und Lösung immer so zueinander passen.

Die bisherige Argumentation ist, dass sich die Diskussion um das Legitimitätsdefizit der Demokratie vor allen Dingen um die Institutionen und Akteure dreht, weniger um die Idee selbst. Trotz aller Varianz scheint es nicht verkehrt, die Wertschätzung von Parlamenten und Parteien in den Augen der Bürgerschaft wieder zu erhöhen. Wie kann das geschehen? Die dominierende Antwort hierauf ist das Beteiligungsparadigma, also die Ausweitung von direktdemokratischen und deliberativen Formen der politischen Partizipation. Es liegt dabei im Wesen dieser Instrumente, dass es sich um konkrete politische Fragen handelt, über die entschieden wird. Die repräsentativen Akteure können also nicht «einfach» zusätzliche diffuse Legitimität gewinnen, sondern müssen ihre Inhalte in die direktdemokratische und deliberative Arena einbringen, um zunächst konkrete Legitimation zu erhalten. Über einzelfallbezogene Legitimation kann dann praktisch additiv zur Erhöhung ihrer Legitimität insgesamt beigetragen werden.

Je wichtiger ein Projekt für die repräsentativen Akteure ist und je nötiger die Legitimation (empfunden wird), desto mehr werden die repräsentativen Akteure in die direkte und deliberative Arena drängen. Dort treffen sie wieder auf die Bürgerinnen und Bürger. Der Punkt ist, je enger und je stärker beide Seiten in der direktdemokratischen und deliberativen Arena aufeinandertreffen, desto eher droht sich das Konfliktmuster aus dem Krisenparadigma zu wiederholen: Die Bürgerinnen und Bürger verweigern sich der repräsentativen Politik. Es ist also eine Art

Teufelskreis. Je mehr zusätzliche Legitimation die repräsentative Seite braucht, desto mehr versucht sie sich diese in zusätzlichen Arenen zu holen; je mehr droht, dass die Bürger sich abwenden, desto stärker wird die repräsentative Seite es versuchen usw. Ausgerechnet wo die repräsentative Seite am stärksten auf Legitimation ihrer Vorhaben drängt, könnte es am ehesten zum Rückzug der Bürgerinnen und Bürger kommen.

Im Folgenden werden beispielhaft drei analytische Varianten dieses Zusammenhangs erörtert. Diese Varianten unterscheiden sich hinsichtlich der Intensität des Aufeinandertreffens beider Seiten, woraus sich unterschiedliche Möglichkeiten der Legitimationsproduktion für die repräsentative Politik ergeben.

#### A. Leere Legitimationsproduktion

Bei der leeren Legitimationsproduktion findet kein substantielles Aufeinandertreffen von repräsentativer Politik und Bürgerschaft statt, da die repräsentative Seite nicht oder kaum am partizipativen Prozess als Akteur beteiligt ist. Entsprechende Instrumente könnten direktdemokratische Instrumente sein, die als Bottom-up-Verfahren aus der Gesellschaft heraus initialisiert werden. Demnach sind Inhalt und Prozess von «unten» gesteuert. Daneben kommen auch deliberative Verfahren wie Bürgerräte in Betracht, die getrennt von der repräsentativen Arena funktionieren. Da die repräsentativen Akteure hier keine Inhalte zur Legitimation einspeisen, können sie im Ergebnis auch nicht direkt von den Verfahren profitieren. Es gibt also keine aktiven Schnittstellen zwischen beiden Seiten und daher auch keinen Grund für die Bürgerseite, sich zurückziehen zu wollen.

In der Gesamtschau können solche Instrumente einen wichtigen demokratischen Beitrag leisten, stellen aber schwerlich einen Weg zur Stärkung und Revitalisierung der repräsentativen Komponente der Demokratie dar. Diese geht hier, wenn man so will, leer aus. Die gewonnene demokratische Legitimation zahlt eher auf das Konto der Verfahren selbst oder der höheren Ebenen des demokratischen Systems ein. Allerdings ist es in der Forschung umstritten, ob die Existenz etwa von direktdemokratischen Instrumenten linear zu einer grösseren Zufriedenheit mit dem Funktionieren der repräsentativen Demokratie führt. Zuletzt haben Leeman und Stadelmann-Steffen in einer gross angelegten Studie für die

subnationale Ebene gezeigt, dass sich kein positiver Effekt von direkter Demokratie auf die Demokratiezufriedenheit feststellen lässt.<sup>78</sup>

## B. Bedingte Legitimationsproduktion

Bei der bedingten Legitimationsproduktion findet eine stärkere Übertragung des Grundkonfliktes aus dem Krisenparadigma in das Beteiligungsparadigma statt. Das liegt daran, dass ein stärkerer Einfluss durch die repräsentativen Akteure vorliegt, was wiederum zu Abwendungseffekten bei den Bürgerinnen und Bürgern führen kann. Beispiele für diese Variante eines starken Einflusses der repräsentativen Akteure wären direktdemokratische Verfahren nach dem «top-down»-Verfahren. Repräsentative Akteure steuern bei diesen Verfahren die Modalitäten der Abstimmungen weitgehend. Ihre Einleitung durch repräsentative Akteure oder Institutionen ist denn auch häufig davon geleitet, bestimmte inhaltliche oder strategische Ziele zu erreichen.<sup>79</sup>

Dabei gilt, dass direktdemokratische Abstimmungen von repräsentativen Akteuren gewonnen oder verloren werden können. Anzunehmen ist, dass im Falle eines Erfolges demokratische Legitimation erteilt wird und sich dies langfristig auch positiv auf die Legitimität der repräsentativen Politik als solches auswirken kann. Der Blick in die Empirie zeigt, dass Top-down-Akteure sogar ganz gute Chancen haben, sich mit ihren Vorlagen durchzusetzen. In der Schweiz ist es so, dass auf eidgenössischer Ebene die beiden direktdemokratischen Verfahren mit Top-down-Inhalten – das fakultative Referendum und das obligatorische Referendum – bei Weitem erfolgreicher an der Urne sind als die bottom-up lancierte Verfassungsinitiative. In der Zeit von 1848 bis 2015 liegt die Erfolgsquote des obligatorischen Referendums bei 74,5 %, die des fakultativen Referendums bei immerhin noch 55,9 % und die der Verfassungsinitiative nur bei 11 %.<sup>80</sup> In Liechtenstein zeigt sich ein ansatzweise ähnliches Bild. Hier ist in der Zeit von 1919 bis 2017 die Erfolgsquote der Initiative bei 32,4 %, die des Referendums bei 44 % und die des

---

78 Leeman/Stadelmann-Steffen 2022.

79 Morel 2007; Hornig 2011.

80 Vatter 2016, S. 366.

Landtagsbegehrens bei immerhin 55,6 %.<sup>81</sup> Bei diesen Intensiv-Nutzern der direkten Demokratie, Liechtenstein und Schweiz, scheint sich nicht per se Misstrauen gegenüber den repräsentativen Akteuren zu äussern.

Dennoch kommen zwei Aspekte in Betracht, die für eine Beschädigung der Legitimationsproduktion durch Gegenreaktionen unter den genannten Umständen sprechen. Im Sinne der Ausführungen von oberhalb im Zusammenhang mit den «Stealth Democrats» ist die naheliegende erste Variante das Fernbleiben von der Urne. Da es sich bei direkter Demokratie um individuelle Partizipation handelt, wäre ein partieller Rückzug von Teilen der Wählerschaft zunächst nichts Ungewöhnliches. Bei Volksabstimmungen in demokratischen Ländern wird sowieso nie eine vollständige Beteiligung erreicht, es sei denn, es gibt eine Wahlpflicht. Vielmehr ist dies eine Frage der Dimension. Wenn es sich um grössere Teile des Stimmvolkes handelt, kann die Erteilung von Legitimation versagt werden, besonders bei der Existenz von Quoren, die eine Verweigerungsstrategie attraktiv machen. Dies war beispielsweise in Italien der Fall, wo das Beteiligungsquorum von 50 % der Wahlberechtigten strategisch zur Verhinderung von Vorlagen genutzt wurde, interessanterweise besonders von etablierten politischen Parteien der jeweiligen Opposition.<sup>82</sup> In dieser Sichtweise agieren Quoren konträr zu den repräsentativen Akteuren und Institutionen, wenn sie die Zuteilung von Legitimation erschweren.

Ein zweiter Fall eines systematischen Ausstiegs der Bürgerinnen und Bürger aus der Partizipationslogik mit dem Effekt der Beeinträchtigung der Legitimationsproduktion wäre, wenn zwar bei Referenden abgestimmt würde, aber das Abstimmungsverhalten nicht im Zusammenhang mit der jeweiligen Sachfrage stünde, sondern auf dahinterstehende politische Fragen Bezug nähme. Dieses Phänomen ist unter der Bezeichnung «Second-order elections» bei verschiedenen direktdemokratischen Entscheidungen festgestellt worden.<sup>83</sup> Demnach nutzen die Wählerinnen und Wähler eine Abstimmung, um die jeweilige Regierung abzustrafen und zwar unabhängig von der Sachfrage. Die Häufung dieses Phänomens im Kontext von EU-Abstimmungen<sup>84</sup> deutet zumindest auf einen

---

81 Marxer 2018, S. 375.

82 Uleri 2002.

83 Franklin/Marsh/McLaren 1994; Garry/Marsh/Sinnott 2005.

84 Binzer Hobolt/Brouard 2011.

Zusammenhang mit Top-down-Abstimmungen hin. Unter diesen Vorzeichen ist es also nicht nur nicht möglich, Legitimation für eine Sachfrage zu generieren, sondern es handelt sich auch nicht um einen Weg hin zu mehr langfristiger Legitimität.

### C. Blockierte Legitimationsproduktion

Die dritte Konstellation repräsentiert eine blockierte Legitimationsproduktion, in der verschiedene Elemente zusammenkommen, die kombiniert ein Potential für starke Dysfunktionalitäten haben. So findet eine starke Übertragung des Grundkonfliktes aus dem Krisenparadigma in das Beteiligungsparadigma statt. Zu einer starken inhaltlichen Prägung durch die repräsentativen Akteure kommt ein starkes Verhandlungselement mit wenigen spezifischen Akteuren hinzu. Demnach versuchen repräsentative Akteure durch eine gezielte Steuerung der Partizipation in engen Verhandlungen ihre inhaltlichen und demokratiepolitischen Ziele zu erreichen. Dies geht nur über die gezielte Einbindung von einem oder wenigen spezifischen Akteuren.

Hinsichtlich des Zugangs der Akteure zu den entsprechenden Arrangements wird unterschieden nach: (1) «self selection», (2) zufällige Auswahl und (3) «stakeholder selection». Bei der «stakeholder selection» werden Gruppen von den Organisatoren identifiziert, die wahrscheinlich von einer Entscheidung betroffen sein werden.<sup>85</sup> Es kommt hypothetisch zum oben angesprochenen Teufelskreis: Je mehr zusätzliche Legitimation die repräsentative Seite braucht, desto mehr versucht sie, sich diese in speziellen Arenen zu generieren; je mehr droht, dass die ausgewählten «Stakeholder»-Gruppen sich weigern, sich darin einbinden zu lassen, desto stärker wird die repräsentative Seite es versuchen. Da aber nur diese Gruppen die demokratische «Absolution» erteilen können, entsteht eine spezifische Abhängigkeit, die erhebliche Auswirkungen haben kann.

Exemplarisch für eine solche Konstellation sind deliberative Verfahren mit engen Verhandlungen. Ein hypothetischer Fall wäre ein Mediationsverfahren zu einem umstrittenen Infrastrukturprojekt. Es han-

---

85 Button/Ryfe 2005, S. 23.

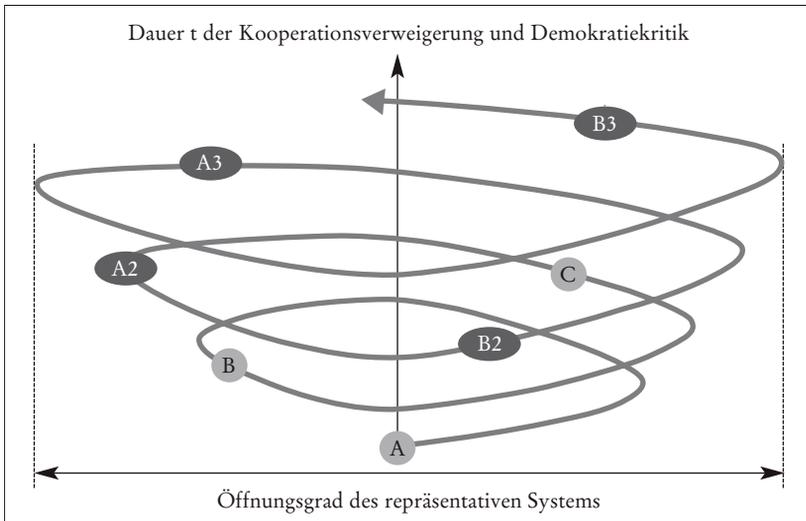
delt sich um ein Prestige-Projekt der repräsentativen Politik, gegen das es signifikanten öffentlichen Protest von organisierten Gruppen gibt. Es besteht also ein konkreter Legitimationsbedarf, der durch die Mediation behoben werden soll. Das Verfahren sieht die Auswahl der organisierten Protestgruppen als direkten Betroffenen des Projektes («Stakeholder») vor, da es um die Erlangung ihrer Zustimmung geht.

Allerdings nehmen die Protestgruppen das Verhandlungsangebot nicht an. Da die Vorbereitungen für das Projekt schon recht weit vorgeschritten sind, gibt es von ihrer Seite den Vorwurf einer demokratischen Farce, Scheinbeteiligung (Demokratievorwurf) und der Ökonomisierung der repräsentativen Politik, die mit der Wahrnehmung einer Sinnlosigkeit von Verhandlungsprozessen quittiert werden. Der repräsentativen Politik könne eh nicht getraut werden, da deren Agenda von vornherein klar und unveränderbar sei. Daher wird Kooperation abgelehnt und stattdessen ein undemokratischer Zustand beklagt (nämlich die Durchführung des Projektes ohne die Einbeziehung der betroffenen Bürgerschaft). Diese Sichtweise führt zu einer Art der Immunisierung der Aktiven in den Gruppen gegenüber dem Druck zur Kooperation. Mit dem Rückzug der «Stakeholder»-Gruppen ist das Mediationsverfahren gescheitert, denn sie sind aufgrund der Exklusivität ihrer Funktion nicht ersetzbar.

Mit dem Ende des Mediationsverfahrens ist der politische Prozess aber nicht beendet, da die Legitimationslücke für die repräsentative Politik ja immer noch da ist. In der Folge der gescheiterten Verhandlungen setzt eine Spirale ein, in der auf das Entgegenkommen der repräsentativen Politik immer wieder eine Weigerung zur Kooperation und der Demokratie-Vorwurf von den Protestgruppen folgt. Abbildung 1 stellt diesen Prozess grafisch dar. Die horizontale Achse bezieht sich auf den Öffnungsgrad des repräsentativen Systems und die vertikale Achse auf die Dauer  $t$  von Protest und Demokratiekritik. Die Spirale startet mit dem Legitimation-Bedarf des repräsentativen Systems im Kontext eines besonderen Projektes (Ausgangspunkt A). Dieser Bedarf kommt noch zusätzlich zum diffus bestehenden Legitimitätsproblem. Es folgt als zweiter Schritt (B) die Einsetzung des deliberativen Instrumentes der Bürgerbeteiligung.

Die repräsentativen Akteure haben damit ihre Ursprungsposition in der Sache das erste Mal verlassen, um zu einem Kompromiss zu gelangen. Allerdings sind sie dann mit der Kooperationsverweigerung der

Abbildung 1: Modellhafte Darstellung der blockierten Legitimationsproduktion anhand einer Spirale



Quelle: Eigene Grafik.

«Stakeholder»-Gruppen konfrontiert, die die Beteiligung an der Verhandlung ablehnen. Kritisch wird es dann nach dem Scheitern der Mediation (C). Der Kreis schliesst sich und kommt wieder an den Ausgangspunkt, nämlich die Legitimationsbedürftigkeit der repräsentativen Arena. Diese ist nach wie vor konfrontiert mit der fehlenden Legitimierung ihres Projektes plus weiteren Demokratievorwürfen (Mediation als Farce). Es ist an der repräsentativen Politik, sich weiterzubewegen, da sie die zusätzliche Legitimation braucht. So kommt es unerschwellig oder direkt zu einem weiteren Entgegenkommen in der Sache (A2). Aber auch das wird wieder als ungenügend und undemokratisch abgelehnt (B2). Dieser Dualismus aus Entgegenkommen und Hoffnung auf Legitimation sowie Ablehnung durch «Stakeholder»-Gruppen kann im Prinzip noch länger weitergehen (A3 und B3).

Durch die Ablehnung der Kooperation in der Mediation erlangen die «Stakeholder»-Gruppen also inhaltliche Zugeständnisse von der repräsentativen Arena, ohne sich selbst in Richtung eines Kompromisses bewegen zu müssen. Die ständige Aufrechterhaltung von Demokratie-

kritik bei gleichzeitigem unkooperativen Verhalten ist aus ihrer Sicht rational. Sie können davon ausgehen, dass die repräsentative Politik trotz des unkooperativen Verhaltens ihre Forderungen dennoch mit in ihre Erwägungen einfließen lassen wird, um den Konflikt zu befrieden. Denn die demokratietheoretischen Vorzeichen sorgen dafür, dass die repräsentative Politik im Schatten des Protestes agiert. Es erscheint sogar als vielversprechend, die Kritik an der repräsentativen Demokratie noch zu intensivieren – obwohl die repräsentative Politik ihnen schon entgegenkommt. Statt einer gütlichen Einigung droht eine Aufhebelung der repräsentativen Politik durch einzelne Gruppen. Der eigentliche Sinn deliberativer Instrumente wird pervertiert.

Während es sehr viele Untersuchungen über deliberative Verfahren und auch ihre Probleme gibt, ist meines Wissens bislang noch nicht in der hier dargelegten Weise auf die Interaktion von repräsentativer Politik und Interessengruppen in Verhandlungsarenen geschaut worden. Dementsprechend liegen auch nach meinem Wissen keine entsprechenden empirischen Arbeiten zu solchen Konstellationen vor. In den Entwicklungen um die Proteste gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens in Deutschland lassen sich allerdings Anzeichen für eine solche Blockade-Spirale erkennen.<sup>86</sup> Für eine empirische Validierung dieses dritten theoretischen Modells bräuchte es also eine vertiefte empirische Auseinandersetzung mit entsprechenden Vergleichsfällen.

## V. Schlussfolgerungen

Das repräsentative System ist in eine Bedürftigkeit nach zusätzlicher Legitimität geraten, der mit mehr und mehr Öffnung für Partizipation begegnet wird. Hier kann zwar nicht das letzte Wort über Ausmass oder gar Stichhaltigkeit des Legitimitätsdefizites gesprochen werden, doch steht fest, dass ein Defizit zumindest die Politik und die Institutionenausgestaltung bestimmt, also faktisch als ein solches behandelt wird. Angestrebt wird daher, durch die Legitimierung konkreter politischer Fragen auch die Legitimität des politischen Systems insgesamt zu stärken. Diese Entwicklung ist aus vielerlei Gründen wichtig und begrüssens-

---

86 Hornig 2017.

wert, erhöhen direktdemokratische und deliberative Instrumente doch die Responsivität und Inklusivität der repräsentativen Politik und im Endeffekt auch die demokratische Legitimität.

Vor dem Hintergrund dieser Diskussionen wurde hier der Umstand näher in Betracht gezogen, dass sich streng genommen die Diskussion um das Legitimitätsdefizit auf die politischen Institutionen und noch mehr auf die repräsentativen Akteure bezieht. Es gibt viele Anzeichen dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in vielen konsolidierten Demokratien gezielt von ihnen abwenden. Kann über direktdemokratische und deliberative Verfahren auch die Legitimität von Institutionen und Akteuren wieder aufgebessert werden? Je nach Konstellation treffen repräsentative Akteure mit fallweise starker Bedürftigkeit nach Legitimation und Stimmbürger mit wenig Lust zur Kooperation hier direkt aufeinander.

Anhand von drei Beispielen wurde hier argumentiert, dass für die Reform der Demokratie zu beachten ist, wie sehr der Grundkonflikt des Krisenparadigmas zwischen dem wachsenden Legitimitätsbedürfnis der repräsentativen Politik einerseits und dem Abwendungswunsch der Menschen andererseits auch das Beteiligungsparadigma prägt. Je direkter und enger das Aufeinandertreffen der beiden Seiten, desto prägender wird der Grundkonflikt aus dem Krisenparadigma beeinträchtigt oder blockiert die Legitimationsproduktion. Am dritten Beispiel wurde gezeigt, wie Stakeholder-Gruppen unter bestimmten Umständen sogar zu einer Aufhebelung in bestimmten Politikfeldern gelangen können. Es handelt sich bei den drei Typen aber um analytische Trennungen. In der demokratischen Praxis ist diese Trennung nicht immer möglich. Dies zeigt etwa das starke Engagement von politischen Parteien in Bottom-up-Verfahren der direkten Demokratie.

Was bedeutet das nun für die Zukunft? Klar ist, dass das Krisenparadigma, trotz aller Varianz und Interpretationsfähigkeit, uns alle dazu auffordert, Demokratie weiterzudenken. Die seit Jahrzehnten vorgenommenen Bemühungen zur Reform der Demokratie sind von hohem Wert. Volksabstimmungen und deliberative Mini-Publics nehmen einen immer wichtigeren Platz im politischen Prozess ein. Wichtig erscheint, die besonderen Interaktionen zwischen repräsentativen, direktdemokratischen und deliberativen Elementen weiter zu durchdenken. Da ein Weniger an Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger nicht wünschenswert ist, könnte die hier vorgelegte Argumentation vielleicht als

ein Hinweis auf weniger «Einmischung» von repräsentativen Akteuren in partizipativen Arrangements verstanden werden. Dabei handelt es sich um ein Dilemma. Einerseits ist es gerade wünschenswert, Projekte und Vorhaben der repräsentativen Politik durch die Bürgerinnen und Bürger bestätigen (oder verändern) zu lassen. Andererseits ist der Preis dafür, dass es auch zu Abwehrreaktionen kommen kann. Daneben müssen repräsentative Institutionen aus sich heraus wieder gestärkt werden. Der Griff zur direkten und deliberativen Demokratie ist wertvoll, hilft aber nur bedingt. Van der Meer weist auf den starken Einfluss der Qualität des Regierens in Form einer «impartiality of the executive», also einer Neutralität im Sinne einer Rechtstreue und Professionalität von Regierung und Verwaltung, auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hin.<sup>87</sup> Daneben scheint es allerdings essentiell klar, dass Demokratie Pluralismus bedeutet und zwar egal, ob in der repräsentativen, direktdemokratischen oder der deliberativen Arena.

---

87 Van der Meer 2017.

LITERATURVERZEICHNIS

- Akkerman, Agnes/Mudde, Cas/Zaslove, Andrej, How populist are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters, *Comparative Political Studies*, (47) 9 (2014), S. 1324–1354.
- Altman, David/Sánchez, Clemente T., Citizens at the Polls. Direct Democracy in the World, *Taiwan Journal of Democracy* (17) 2 (2020), S. 27–48.
- Andeweg, Rudy/Farrell, David M., Legitimacy Decline and Party Decline, in: Van Ham/Thomassen/Aarts/Andeweg (Hg.), *Myth and Reality of the Legitimacy Crisis. Explaining Trends and Cross-National Differences in Established Democracies*, Oxford 2017, S. 76–94.
- Barber, Benjamin, *Strong Democracy. Participatory Politics for a new Age*, University of California Press, 1984.
- Bertelsmann Stiftung, *Democracy and the Rule of Law in the European Union*, Eupinions, 2021, online unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/democracy-and-the-rule-of-law-in-the-european-union-all](http://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/democracy-and-the-rule-of-law-in-the-european-union-all).
- Binzer Hobolt, Sara/Brouard, Sylvain, Contesting the European Union? Why the Dutch and the French Rejected the European Constitution, *Political Research Quarterly* (64) 2 (2011), S. 309–322.
- Blühdorn, Ingolfur, *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Frankfurt am Main 2013.
- Boese, Vanessa et al., *Autocratization Changing Nature? Democracy Report 2022, Varieties of Democracy Institute (V-Dem) 2022*, online unter: [https://www.v-dem.net/democracy\\_reports.html](https://www.v-dem.net/democracy_reports.html).
- Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman, Beyond SES: A Resource Model of Political Participation, *American Political Science Review* (89) 2 (1995), S. 271–294.
- Button, Mark/Ryfe, David M., What Can We Learn from the Practice of Deliberative Democracy?, in: Gastil/Levine (Hg.), *The Deliberative Democracy Handbook: Strategies for Effective Civic Engagement in the 21<sup>st</sup> Century*, San Francisco 2005, S. 20–34.
- Crouch, Colin, *Post-Democracy*. Cambridge 2004.
- Dacombe, Rod/Parvin, Phil, Participatory Democracy in an Age of Inequality, *Representation* (57) 2 (2021), S. 145–157.
- Dalton, Russell J./Farrell, David M./McAllister, Ian, *Political Parties & Democratic Linkage. How Parties Organize Democracy*, Oxford 2013.
- Dalton, Russell J., *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, 6. Aufl., Los Angeles 2013.
- Dalton, Russell J., *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*, Oxford 2004.
- DeBardeleben, Joan/Pammatt, Jon H. (Hg.), *Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada*, Houndsmill 2011.
- Easton, David, *A Systems Analysis of Political Life*, New York/London/Sydney 1965.

- Erhard, Julian/Freitag, Markus/Filsinger, Maximilian, Leaving democracy? Pandemic threat, emotional accounts and regime support in comparative perspective, *West European Politics* 2022, online unter: [www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01402382.2022.2097409?journalCode=fwep20](http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01402382.2022.2097409?journalCode=fwep20).
- Fishkin, James S., Defining deliberation: a comment on Ian Shapiro's State of Democratic Theory, *Critical Review of International Social and Political Philosophy* (8) 1 (2003), S. 71–78.
- Fishkin, James S., *The Voice of the People: Public Opinion and Democracy*, New Haven 1997.
- Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hg.), *Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*, Frankfurt am Main 2021.
- Foa, Roberto Stefan/Klassen, Andrew/Slade, Michael/Rand, Alex/Collins, R., *The Global Satisfaction with Democracy Report 2020*, Cambridge 2020.
- Fraenkel, Ernst, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Frankfurt am Main 1991.
- Franklin, Mark/Marsh, Michael/McLaren, Lauren, Uncorking the bottle, Popular opposition to European unification in the wake of Maastricht, *Journal of Common Market Studies* 32 (1994), S. 455–472.
- Frommelt, Christian, *Lie-Barometer 2020. Wie zufrieden sind die Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins?, Auswertung einer Umfrage im Auftrag des Liechtensteiner Vaterlands. Liechtenstein-Institut, Bendern 2020.*
- Gabriel, Oscar W., Katja Neller, Bürger und Politik in Deutschland, in: Gabriel/Vallender (Hg.), *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung*, Bd. 16, Baden-Baden 2010, S. 57–146.
- Gabriel, Oscar W., Repräsentationsschwächen und die zweite Transformation der Demokratie, *Wer will in Deutschland direkte Demokratie?*, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (44) 3 (2013), S. 592–613.
- Ganuzza, Ernesto/Francés, Francisco, The deliberative turn in participation: the problem of inclusion and deliberative opportunities in participatory budgeting, *European Political Science Review* (4) 2 (2012), S. 283–302.
- Garry, John/Marsh, Michael/Sinnott, Richard, 'Second-order' versus 'Issue-voting' Effects in EU Referendums: Evidence from the Irish Nice Treaty Referendums, *European Union Politics* (6) 2 (2005), S. 201–221.
- Geißel, Brigitte/Roth, Roland/Collet, Stefan/Tillmann, Christina, Partizipation und Demokratie im Wandel – Wie verändert sich unsere Demokratie durch neue Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direktdemokratischer Elemente?, in: Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.), *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*, Gütersloh 2015, S. 11–39.
- Habermas, Jürgen, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main 1992.
- Hadjar, Andreas/Becker, Rolf, Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf. Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen?, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (59) 3 (2007), S. 410–439.

- Harfst, Philipp/Wiesner, Claudia, Politische Legitimität und Legitimation. Vergleichende Perspektiven, in: Harfst/Wiesner (Hg.), *Legitimität und Legitimation. Vergleichende Perspektiven*, Wiesbaden 2019, S. 1–9.
- Heinelt, Hubert, *Demokratie jenseits des Staates. Partizipatives Regieren und Governance*, Baden-Baden 2008.
- Heußner, Hermann K., Wahlen allein genügen nicht. Zur Notwendigkeit und Ausgestaltung direkter Demokratie auf Bundesebene, in: *Systemmängel in Demokratie und Marktwirtschaft*, Beiträge auf der 12. Speyerer Demokratietagung vom 28. bis 29. Oktober 2010 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2011, S. 27–63.
- Hibbing, John/Theiss-Morse, Elisabeth, *Stealth democracy: Americans' beliefs about how government should work*, Cambridge 2002.
- Hornig, Eike-Christian, Direkte Demokratie und Parteienwettbewerb – Überlegungen zu einem obligatorischen Referendum als Blockadelöser auf Bundesebene, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (42) 3 (2011), S. 475–492.
- Hornig, Eike-Christian, *The Participation Trap. Explaining friction between representative and participatory democracy*, Papier präsentiert auf der ECPR-General Conference, Oslo 2017.
- Inglehart, Ronald, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1977.
- Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang, Demokratische Legitimität: Ein theoretisches Konzept in empirisch-analytischer Absicht, in: Kneip/Merkel/Weßels (Hg.), *Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland*, Wiesbaden 2020, S. 25–55.
- Kriesi, Hanspeter, Conclusion: An Assessment of the State of Democracy Given the Challenges of Globalization and Mediatization, in: Kriesi (Hg.), *Democracy in the Age of Globalization and Mediatization, Challenges to Democracy in the 21st Century Series*, Houndsmill 2013a, S. 202–215.
- Kriesi, Hanspeter, Democratic legitimacy: Is there a crisis in contemporary politics?, *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* (54) 4 (2013b), S. 609–638.
- Kriesi, Hanspeter, Is There a Crisis of Democracy in Europe?, *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* Bd. 61 (2020), S. 237–260.
- Leemann, Lucas/Stadelmann-Steffen, Isabelle, Satisfaction with Democracy: When Government by the People Brings Electoral Losers and Winners Together, *Comparative Political Studies* (55) 1 (2022), 93–121.
- Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel, *How Democracies Die*, New York 2019.
- Mair, Peter, *Ruling the Void. The Hollowing out of Western Democracy*, London 2013.
- Martini, Sergio/Quaranta, Mario, *Citizens and Democracy in Europe. Contexts, Changes and Political Support*, Palgrave Studies in European Political Sociology, Cham 2020.
- Marxer, Wilfried, *Direkte Demokratie in Liechtenstein. Entwicklung, Regelungen, Praxis*, BERN 2018.
- Matsusaka, John, *Let the People rule: How Direct Democracy Can Meet the Populist Challenge*, Princeton 2020.

- Merkel, Wolfgang/Krause, Werner, *Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern*, in: Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2014, S. 45–65.
- Milic, Thomas, *Politische Kultur*, in: Marxer (Hg.), *Das Politische System Liechtenstein [in Vorbereitung]*.
- Milic, Thomas/Rousselot, Bianca/Vatter, Adrian, *Handbuch der Abstimmungsfor-*  
*schung*, Zürich 2014.
- Morel, Laurence, *The Rise of ‘Politically Obligatory’ Referendums: The 2005 French Ref-*  
*erendum in Comparative Perspective*, *West European Politics* (30) 5 (2007), S. 1041–  
1067.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam, *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren, Akteure, Chan-*  
*cen, Grenzen*, Bonn 2012.
- Nie, Norman H./ G. Bingham, Powell Jr./ Kenneth, Prewitt, *Social Structure and Politi-*  
*cal Participation: Developmental Relationships Part I*, *American Political Science Re-*  
*view* (63) 2 (1969a), S. 361–378.
- Nie, Norman H./ G. Bingham, Powell Jr./ Kenneth, Prewitt, *Social Structure and Politi-*  
*cal Participation: Developmental Relationships Part II*, *American Political Science Re-*  
*view* (63) 3 (1969b), S. 808–832.
- Norris, Pippa (Hg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Ox-  
ford 1999.
- Norris, Pippa, *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*, Cambridge 2011.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2020): *Innovative*  
*Citizen Participation and New Democratic Institutions. Catching the Deliberative*  
*Wave*, online unter: [www.oecd.org/gov/innovative-citizen-participation-and-new-de-](http://www.oecd.org/gov/innovative-citizen-participation-and-new-democratic-institutions-339306da-en.htm)  
[mocratic-institutions-339306da-en.htm](http://www.oecd.org/gov/innovative-citizen-participation-and-new-democratic-institutions-339306da-en.htm) (abgerufen am 18.7.2022).
- Pauwels, Teun, *Populism in Western Europe. Comparing Belgium, Germany and the*  
*Netherlands*, London/New York 2014.
- Przeworski, Adam, *Crises of Democracy*, Cambridge 2019.
- Rousseau, Jean-Jacques, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, Stutt-  
gart 2003 [1762].
- Schäfer, Armin, *Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa*, *Zeit-*  
*schrift für Vergleichende Politikwissenschaft* (4) 1 (2010), S. 131–156.
- Schmidt, Manfred G., *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 5. Aufl., Wiesbaden 2010.
- Schmitter, Philippe C., *Crisis and Transition, but not decline*, *Journal of Democracy* (26) 1  
(2015), S. 32–44.
- Smith, Graham, *Democratic Innovations. Designing Institutions for Citizens Participa-*  
*tions*, Cambridge 2009.
- Thomassen, Jacques/Van Ham, Carolien, *A Legitimacy Crisis of Representative Demo-*  
*cracy?*, in: Van Ham/Thomassen/Aarts/Andeweg (Hg.), *Myth and Reality of the Le-*  
*gitimacy Crisis. Explaining Trends and Cross-National Differences in Established*  
*Democracies*, Oxford 2017, S. 3–16.
- Uleri, Pier Vincenzo, *On Referendum Voting in Italy: Yes, No or Non-vote? How Italian*  
*Parties Learned to Control Referenda*, *European Journal of Political Research* 41 (2002),  
S. 863–883.

- Van der Meer, Tom: Dissecting the Causal Chain from Quality of Government to Political Support, in: Van Ham/Thomassen/Aarts/Andeweg (Hg.), *Myth and Reality of the Legitimacy Crisis. Explaining Trends and Cross-National Differences in Established Democracies*, Oxford 2017, S. 137–155.
- Van Ham, Carolin/Thomassen, Jacques, The Myth of Legitimacy Decline: An Empirical Evaluation of Trends in Political Support in Established Democracies, in: Van Ham/Thomassen/Aarts/Andeweg (Hg.), *Myth and Reality of the Legitimacy Crisis. Explaining Trends and Cross-National Differences in Established Democracies*, Oxford 2017, S. 17–34.
- Vatter, Adrian, *Das politische System der Schweiz*, 2. Aufl., Nomos für UTB. Baden-Baden 2016.
- Vatter, Adrian, Lijphart expanded: three dimensions of democracy in advanced OECD countries?, *European Political Science Review* (1) 1 (2009), S. 125–154
- Verba, Sidney/Nie, Norman H., *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*, New York 1972.
- Vetter, Angelika, *Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen*, in: Vetter (Hg.), *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, Wiesbaden 2008, S. 9–27.
- Webb, Paul, Who is willing to participate? Dissatisfied democrats, stealth democrats and populists in the United Kingdom, *European Journal of Political Research* 52 (2013), S. 747–772.
- Weßels, Wolfgang, Politische Ungleichheit beim Wählen, in: Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015, S. 68–94.
- Whiteley, Paul F., Is the party over? The decline of party activism and membership across the democratic world, *Party Politics* (17) 1 (2011), S. 21–44.
- Zittel, Thomas/Fuchs, Dieter (Hg.), *Participatory democracy and political participation: can participatory engineering bring citizens back in?*, in: *ECPR-Studies in European Political Science*, London 2007.